

# EU-Gelder für Bauern in Deutschland dürften knapper werden

Mehr Geld für Nachwuchsbauern, Naturschutz, Wettbewerbsfähigkeit: Brüssel präsentiert eine Rundum-Reform der Agrarförderung

**Brüssel.** Deutsche Landwirtschaftsbetriebe sollen künftig erheblich weniger Geld aus dem EU-Haushalt bekommen als bisher. Die EU-Kommission legte gestern Pläne vor, wonach für den Zeitraum von 2021 bis 2027 rund 41 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Im derzeitigen EU-Finanzrahmen sind rund 44,1 Milliarden Euro verfügbar. Die Verteilung soll zudem an eine Reihe neuer Bedingungen geknüpft werden. Die EU-Staaten und das EU-Parlament müssen zustimmen.

Ein Großteil des Geldes geht im Moment als Direktzahlung an die

Bauern. Ein kleinerer Teil ist außerdem für die Entwicklung des ländlichen Raums abrufbar. Die Direktzahlungen richten sich in erster Linie nach der Größe der bewirtschafteten Fläche. Hierzulande erhält jeder Agrarbetrieb im Schnitt etwa 280 Euro pro Hektar. Ein Teil der Gelder ist außerdem an Umweltauflagen geknüpft.

In Zukunft sollen die EU-Staaten nach dem Willen der Kommission mehr Freiheiten bekommen, wie sie eine Reihe vorbestimmter Ziele erreichen wollen – etwa die Erhaltung der Natur, Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und die

Wahrung der Lebensmittelqualität. Die Staaten sollen dazu nationale Pläne erstellen, die die Kommission genehmigen müsste.

Für die Direktzahlungen ist außerdem eine Obergrenze vorgesehen. Ab 60 000 Euro pro Betrieb sollen die Gelder reduziert und bei 100 000 Euro vollständig gekappt werden. Jedoch sollten Arbeits- und Gehaltskosten – etwa bei Höfen mit sehr vielen Angestellten – in Betracht gezogen werden. Ein Großbetrieb, der derzeit rund 500 000 Euro erhalte, würde künftig etwa 230 000 Euro bekommen, sagte Agrarkommissar Phil Hogan.

Im Einzelnen ist zudem vorgesehen, dass Nachwuchs-Landwirte europaweit stärker unterstützt werden. Mindestens zwei Prozent der Direktzahlungen in jedem Land sollen beiseite gelegt werden, um Bauern unter 40 Jahren unter anderem Starthilfen zu geben.

Der Vorschlag traf auf gemischte Reaktionen. „Dieser Entwurf setzt weiterhin auf die Bedienung des Weltmarktes mit billigen Rohstoffen“, sagte der Grünen-EU-Abgeordnete Martin Häusling. „Er eröffnet ein Tableau der Beliebigkeiten in Sachen Ressourcen- und Klimaschutz.“ Bundeslandwirt-

schaftsministerin Julia Klöckner (CDU) begrüßte das Ziel, Leistungen für den Umwelt- und Klimaschutz stärker zu fördern. Neue Anforderungen müssten aber praxistauglich für die Bauern sein, die von Bürokratie entlastet werden sollten. Eine verpflichtende Obergrenze der Zahlungen lehnte sie ab. Bauernpräsident Joachim Rukwied kritisierte höhere Umweltauflagen für die Direktzahlungen bei zugleich sinkendem Agrarbudget. Wenn die Staaten mehr Freiräume für ihre Agrarförderung bekommen, könne dies neue Verzerrungen hervorrufen. (dpa)